

schiedlichen Forschungsansätze Determinanten des Friedenshandelns von christlichen Kirchen bzw. Gruppen bestimmen. Ansatzpunkte für Friedenshandeln werden auf der theologischen, organisatorischen und politischen Ebene geortet:

Ihre transzendente Existenzbegründung verbietet es der Kirche, irgendwelche gegebenen Identifikationen (etwa mit dem Staat oder der Nation oder einer Partei) festzuschreiben. Nur durch beständige Relativierung von Selbstdefinitionen bleibt die Kirche ihrem absoluten Grund treu. Durch eine genossenschaftlich-demokratische Ordnung kann die Kirche dazu beitragen, daß die Autorität Jesu Christi uneingeschränkt (durch »vermittelnde« oder gar Ersatz-Autoritäten) bezeugt wird. Christliche Initiativgruppen, an Konsensbildung statt an verfügendem Handeln orientiert, in Distanz zur verfaßten Kirche, können, sofern sie die Intention grundlegender Neugestaltung der Kirche bewahren, erhebliche Beiträge zum inneren und zum internationalen Frieden leisten. Eine ökumenische (nicht-römisch-katholisch internationale) Übereinkunft der Kirchen verurteilt die Ideologie naturwüchsiger Unvermeidbarkeit des Krieges. Frieden ist als innergesellschaftlicher und zugleich überstaatlicher Prozeß zu begreifen, materielle Disparitäten zwischen Gruppen und Völkern sind als friedensgefährdend einzuschätzen. Kirchen sind besonders geeignet zum Brückenschlag zwischen Kontrahenten (vgl. Antirassismusprogramm des Weltkirchenrates) – (Wolfgang Huber / Johannes Schwerdtfeger).

Mit der vorliegenden Studiensammlung wird der methodisch notwendige und inhaltlich ergiebige Weg historischer Untersuchungen beschritten, deren Stärke vor allem in der Möglichkeit des Vergleichs sowohl zwischen religiösen Organisationen sowie zwischen diesen und anderen gesellschaftlichen Gruppen liegt. Insgesamt ein unverzichtbares Komplement zu anderen, etwa sozialpsychologischen Ansätzen bei der Erforschung der gesellschaftlichen Wirkungen christlicher Gruppen am überlebenswichtigen Beispiel Krieg oder Frieden<sup>3</sup>.

Eckehart Lorenz

Jochen Jacke, Kirche zwischen Monarchie und Republik. Der preußische Protestantismus nach dem Zusammenbruch von 1918 (= Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. XII), Hans Christians Verlag, Hamburg 1976, 495 S., Ln., 48 DM.

Unter den neueren Arbeiten zur Geschichte der evangelischen Kirchen in der Zeit der Weimarer Republik ragt die Arbeit von Jochen Jacke durch eine bemerkenswerte Verbindung von detaillierter Quellenanalyse und übergreifender Interpretation hervor. Sie ist ein wichtiger Beitrag zur Frühgeschichte der Weimarer Republik; zugleich liefert sie eine eindringende Darstellung eines besonders wichtigen Abschnitts in der Geschichte des deutschen Protestantismus.

Die Novemberrevolution bedeutete für die evangelischen Landeskirchen in Deutschland schon deshalb einen epochalen Einschnitt, weil mit der Beseitigung der Monarchie in den deutschen Einzelstaaten zugleich die Stellung der Fürsten als oberster Bischöfe in Wegfall kam. Zugleich stellte die Forderung nach Aufhebung des Staatskirchentums und nach der Durchführung der Trennung von Staat und Kirche trotz aller Wandlungen, die sich in dieser Hinsicht bereits im 19. Jahrhundert angebahnt hatten, die überlieferte Gestaltung des Verhältnisses von Staat und Kirche in Frage. Während die Novemberrevolution für die katholische Kirche nur Auswirkungen im Staat-Kirche-Verhältnis mit Notwendigkeit nach sich zog, hatte im Bereich des Protestantismus der politische Umsturz mit Zwangsläufigkeit Veränderungen der Kirchenverfassung zur Folge. Deshalb ist es folgerichtig, daß Jacke der Neuordnung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche und der Umgestaltung der

<sup>3</sup> Vgl. dazu etwa Wolfgang Huber / Gerhard Liedke, Wie verhalten sich Christen zum Krieg?, in: Evangelische Kommentare, Stuttgart 1975, H. 1, S. 22 ff.

evangelischen Kirchenverfassung in gleichem Maß seine Aufmerksamkeit zuwendet. Er untersucht diese beiden Fragerichtungen in ihrem wechselseitigen Zusammenhang am Beispiel der altpreußischen Landeskirche. Diese Auswahl ist gut begründet; denn die Kirche der altpreußischen Union war die mit weitem Abstand größte und einflußreichste Kirche. Da es auch nach der Novemberrevolution gelang, ihre Einheit aufrechtzuerhalten, blieben die Entscheidungen, die in ihr fielen, von maßgebender Bedeutung für die Entwicklung des deutschen Protestantismus insgesamt; dies zeigte sich bereits an dem maßgeblichen Einfluß, den die Kirche der altpreußischen Union und ihre führenden Vertreter im Deutschen Evangelischen Kirchenbund ausübten. Trotz dieser besonderen Bedeutung der preußischen Landeskirche bleibt zu hoffen, daß ähnlich hervorragende Arbeiten auch für die Entwicklung in den anderen deutschen Landeskirchen durchgeführt werden.

Ein einleitendes Kapitel charakterisiert das protestantische Staatskirchentum vor 1918. Ihm folgt der erste Hauptteil, der sich mit dem Kampf um die Trennung von Staat und Kirche beschäftigt. Schon in ihm begegnet als eines der auffälligsten Kennzeichen der Entwicklung die Differenz zwischen den Positionen, die von der Konsistorialbürokratie, also den leitenden Amtsträgern des Evangelischen Oberkirchenrats, eingenommen wurden, und der konservativen Mehrheit in der preußischen Generalsynode. Gegenüber der starren anti-republikanischen Haltung der Synodalmehrheit ist die Haltung der Bürokratie durch ein ungleich höheres Maß an Flexibilität gekennzeichnet. Diese Flexibilität wird in erster Linie im Interesse der Bestandssicherung für die kirchliche Organisation eingesetzt. Die so entstehende Position bringt der Verfasser auf die Formel, »daß die Kirche einerseits unter Berufung auf das Trennungsprogramm der Revolutionsregierung die neugewonnene kirchliche Selbständigkeit konsequent verteidigte und sich gegen alle staatlichen Eingriffe in das innere Leben der Kirche verwahrte, während sie andererseits unter Berufung auf die früheren Rechtsverhältnisse von der republikanischen Regierung die gleichen Sicherungen und Finanzhilfen verlangte, wie sie der monarchische Staat gewährt habe« (S. 94). Man kann in dieser Haltung mit dem Verfasser einen »inneren Widerspruch« entdecken; man kann sie aber unter organisationspolitischen Gesichtspunkten als besonders folgerichtig und im übrigen auch erstaunlich erfolgreich kennzeichnen. Dies gilt, obwohl die soziale Basis für die offizielle Kirchenpolitik sehr begrenzt war. Besonders deutlich zeigt sich dies an dem Mißerfolg, der den Versuchen von kirchlicher Seite, bei den Wahlen zur Nationalversammlung die DNVP und die DVP zu unterstützen, beschieden war: Weniger als 25 % der Protestanten folgten solchen Wahlempfehlungen.

Die Neuordnung der evangelischen Kirchenverfassung in Preußen, die der Verfasser im zweiten Hauptteil untersucht, ist nicht zuletzt durch den Umstand bestimmt, daß es nicht gelang, diejenigen Schichten zu aktiver Beteiligung zu bewegen, deren Verhältnis zur Kirche seit dem 19. Jahrhundert durch das Merkmal der distanzierten Mitgliedschaft, wie heutige Kirchensoziologie dies nennt, charakterisiert war: in erster Linie das liberale Bürgertum und die Arbeiterschaft. Die historische Untersuchung dieser distanzierten Mitgliedschaft erweist sich gerade angesichts der Studie von Jacke, aber auch im Blick auf heute aktuelle Fragen, als ein dringendes Desiderat. Angesichts dieses Phänomens endeten die Versuche zu einer Neuordnung der Kirchenverfassung mit einem Ergebnis, das durch ein Höchstmaß an Kontinuität gekennzeichnet ist: Der berühmt gewordene Ausspruch eines Kirchenführers, die Revolution habe in der evangelischen Kirche nicht stattgefunden, bewahrheitete sich hier in erheblichem Umfang. Das »Siebssystem« bei der Wahl der synodalen Vertretungsorgane wurde beibehalten; die durch den Wegfall des landesherrlichen Summepiskopats entstandene Lücke wurde durch ein neues Organ – den »Kirchensenat« – geschlossen, das alle Spuren eines aus der Not geborenen Kompromisses an sich trug.

Jacke schließt seine Untersuchung mit einem dritten Hauptteil ab, der »Grundlagen und Tendenzen protestantischer Kirchenpolitik« behandelt; in ihm geht es um die Frage, ob sich das Selbstverständnis der evangelischen Kirchen und die Auffassung ihrer Rolle in Staat

und Gesellschaft nach der Novemberrevolution verändert haben und welche Auswirkungen sich aus solchen Veränderungen für das faktische politische Verhalten der Kirchenleitungen ergaben. Besondere Aufmerksamkeit widmet der Verfasser dabei dem Begriff der »Volkskirche«. Er zeigt, daß dieser Begriff zu höchst unterschiedlichen Zwecken Verwendung finden konnte – je nachdem, ob er als Zustandsbeschreibung oder als Programmformel, zur Begründung eines kirchlichen Öffentlichkeitsanspruchs oder als Schlüsselbegriff einer bestimmten Verfassungskonzeption verwendet wurde. In diesem Nachweis liegt ein wichtiger historischer Beitrag für die noch heute keineswegs abgeschlossene Diskussion darüber, ob der Begriff der »Volkskirche« das Selbstverständnis und die Aufgabe der Kirchen angemessen charakterisieren könne. Die Diskrepanz zwischen dem volksskirchlichen Anspruch und der faktischen Beschränkung des kirchlichen Einflusses auf Teile der Mittelschicht arbeitet der Verfasser nachdrücklich heraus; dieses Ergebnis allerdings hätte nochmals eine Modifikation erfahren müssen, wenn der Verfasser dem Phänomen der »distanzierten Mitgliedschaft« nachgegangen wäre.

Dieser Hinweis auf Grenzen der Untersuchung soll jedoch nur unterstreichen, wie weit die historische Darstellung gerade in diesem Fall vorangetrieben ist. Sie empfiehlt sich durch ihre Sorgfalt und Übersichtlichkeit ebenso wie durch ihre gute Lesbarkeit.

Wolfgang Huber

Gerald D. Feldman / Heidrun Homburg, *Industrie und Inflation. Studien und Dokumente zur Politik der deutschen Unternehmer 1916–1923* (= Historische Perspektiven 5), Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 1977, 422 S., kart., 58 DM.

Gerald D. Feldman, *Iron and Steel in the German Inflation, 1916–1923*, Princeton University Press, Princeton, N. J., 1977, XIX, 518 S., Ln., \$ 33.50.

Diese beiden Bände sind ein ungewöhnliches Zweigespann. Die deutsche Ausgabe ist zwar zum Teil eine direkte Übersetzung einiger Kapitel der amerikanischen Arbeit, läßt aber lange Abschnitte, die sich mit Einzelheiten und Unterlagen befassen, aus; dagegen bietet sie eine lange Einleitung über die Entwicklung der deutschen Eisen- und Stahlindustrie und über ihre Kartellierung vor dem Ersten Weltkrieg sowie einen von Heidrun Homburg zusammengestellten Anhang, der mehr als die Hälfte des Bandes umfaßt, mit längeren Auszügen aus Dokumenten, die als Grundlagen des eigentlichen Werkes gedient haben. Mit Ausnahme der Spezialisten, die die Verhandlungen im einzelnen und die Schachzüge, mit denen die Organisationen der Eisen- und Stahlfabrikanten ihre Politik entwickelten und aufrechterhielten, genauestens verfolgen wollen, werden die Leser die deutsche Ausgabe als die ungleich wertvollere betrachten.

Es soll gleich vorweggenommen werden, daß diese Arbeit auf einer Fülle von Primärquellen beruht, die Feldman mit exemplarischer Gründlichkeit durchgearbeitet hat und die er mit eindrucksvollem Geschick zu einem Gesamtbild zusammenfügt, welches in überzeugender Weise eine Reihe von wichtigen Fragen dieser Periode der deutschen und europäischen Geschichte neu beantwortet bzw. zu neuen Antworten weiterhilft. Sowohl die Zusammenstellung einer Unmenge von neuen Daten aus einer Vielfalt von Quellen wie auch ihre Verwertung in einer Studie, die sich mit gleicher Souveränität auf der Ebene der politischen wie auch der wirtschaftlichen Geschichtsschreibung bewegt, sind meisterhaft durchdacht und ausgeführt. Das Gesamtwerk ist daher ein Meilenstein auf dem langen Vormarsch in das Verständnis der Tragödie Deutschlands und Europas in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts.

Die Quellen, auf die sich Feldman hauptsächlich stützt, sind die Archive der Konzerne in der Schwerindustrie selbst, ihrer Dachorganisationen und der einschlägigen Behörden, wie des Wirtschaftsministeriums, zusammen mit den Aufzeichnungen, Biographien und Nach-